

Press release**Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn****Frank Luerweg**

11/03/2008

<http://idw-online.de/en/news286487>Research results, Scientific Publications
Economics / business administration, Environment / ecology, Law, Politics, Psychology
transregional, national**Klimawandel: "Selbstbestrafung" als Druckmittel**

Internationale Vereinbarungen wie das Kioto-Protokoll lassen sich kaum verbindlich durchsetzen: Allzu oft lassen "Trittbrettfahrer" ihren großen Ankündigungen - beispielsweise zur Treibhausgas-Reduktion - nur geringe Taten folgen. Ökonomen der Universitäten Hamburg und Bonn stellen nun eine elegante Methode vor, wie man dieses Problem lösen könnte (Journal of Public Economics, Online-Version: doi 10.1016/j.jpubeco.2008.10.006).

Eine Art Kautions, zahlbar direkt bei Abschluss der Vereinbarung - etwa als Einlage an die Weltbank - kann demnach die nötigen Anreize schaffen. Zahlt auch nur ein Akteur nicht, so bekommen alle ihre Einlagen zurück, und niemand hat etwas verloren. Wenn aber alle zahlen, wird nach einer verabredeten Frist überprüft, ob sie das vereinbarte Ziel wirklich erreicht haben. Nur erfolgreiche Vertragspartner bekommen dann ihre Kautions zurück. "Trittbrettfahren" ist also bei entsprechender Höhe der Einlage nicht mehr interessant.

"Trittbrettfahren" ist zwar keine nette Strategie, aber eine ziemlich verlockende - gerade wenn es um öffentliche Güter wie das Klima geht: Es reicht ja, wenn von 100 Ländern nur 99 ihre Treibhausgasproduktion zurückschrauben. Der Trittbrettfahrer, der nur groß tönt, sich aber in Wirklichkeit gar nicht anstrengt und demnach auch keine Kosten hat, profitiert dennoch: Er bekommt gesundes Klima quasi zum Nulltarif.

Leider unterminiert so ein Verhalten auch die Bereitschaft der Anderen, sich ins Zeug legen: Niemand möchte gerne der Dumme sein, der als einziger schuftet. "Das Problem ist nur schwer in den Griff zu bekommen", erklärt der Bonner Ökonom Dr. Philipp C. Wichardt. "Trittbrettfahrer gehen kein wirkliches Risiko ein: Schließlich existiert keine Weltregierung, die mangelnden Eifer bei der Umsetzung der Klimaziele bestrafen könnte."

Trittbrettfahrer ohne Chance

Zusammen mit seiner Hamburger Kollegin Professor Dr. Anke Gerber präsentiert Wichardt im Journal of Public Economics eine elegante Lösungsstrategie: Demnach sollen die Akteure im ersten Schritt eine Art Kautions an eine neutrale Institution wie die Weltbank zahlen. Damit signalisieren sie für alle sichtbar ihre Bereitschaft, die angestrebten Ziele wirklich zu erreichen. "Trittbrettfahrer haben in diesem Szenario keine Chance", sagt Philipp Wichardt: "Sie entlarven sich direkt, weil sie die Kautions nicht zahlen. In diesem Fall bekommen aber alle anderen Akteure ihr Geld ebenfalls zurück und die Vereinbarung tritt gar nicht erst in Kraft. Damit wäre dann zwar noch nichts erreicht; aber es muss auch niemand fürchten, von den anderen ausgenutzt zu werden."

Sobald alle die geforderte Kautions gezahlt haben gilt: Nur wer seine Ankündigungen nach einer zuvor vereinbarten Frist wirklich umgesetzt hat, bekommt diesen Geldbetrag zurück. "Im Idealfall sollte die Kautions so hoch sein, dass sie die bei der Umsetzung der Ziele anfallenden Kosten abdeckt", erklärt Dr. Wichardt. In ihrem Paper haben die beiden Wissenschaftler theoretisch durchgespielt, was dann passiert: "Sobald alle Länder die Kautions gezahlt haben, gibt es für

jedes von ihnen nur noch eine einzige sinnvolle Strategie: Nämlich mit aller Macht zu versuchen, die Vereinbarung einzuhalten."

Der Vorschlag hat den Vorteil, dass keine mächtige Institution nötig ist, um Druck auf die Akteure auszuüben: Diese bestrafen sich ja gewissermaßen bereits im Vorfeld selbst, und zwar freiwillig. Die Bereitschaft der Vertragspartner, sich durch die Zahlung etlicher Milliarden freiwillig zu knebeln, dürfte freilich gering sein. Das ist auch den beiden Ökonomen bewusst. Allerdings gehen sie davon aus, dass selbst geringere Beträge von einigen hundert Millionen Dollar ihre Wirkung entfalten würden: Niemand wolle für seine mangelnden Anstrengungen derart offensichtlich bestraft werden.

Ob die Implementation eines solchen Mechanismus tatsächlich möglich ist, können und wollen die Autoren dennoch nicht beurteilen. Philipp Wichardt: "Aus ökonomischer Perspektive sollte man aber zumindest ausloten, was in dieser Hinsicht politisch machbar ist."

Kontakt:
Dr. Philipp C. Wichardt
Abteilung für Wirtschaftswissenschaften, Universität Bonn
Telefon: 0228/73-7994
E-Mail: philipp.wichardt@uni.bonn.de